

Nicht nur Handelsinteressen vertreten

Resolution des evangelischen und des katholischen Missionsrats zuhanden der Schweizer Delegation an der 3. Unctad-Konferenz

(sda) Der Schweizerische evangelische Missionsrat und der Schweizerische katholische Missionsrat haben an die Schweizer Delegation, die im April an der dritten Unctad-Konferenz in Santiago de Chile teilnimmt, eine Resolution gerichtet. Die Delegation wird ersucht, nicht nur die schweizerischen Handelsinteressen zu vertreten, sondern zugleich eine Haltung der Solidarität für die Belange der Länder der Dritten Welt einzunehmen, im Sinne der vom Bundesrat vertretenen aktiven Aussenpolitik.

Ohne Einfluss auf die Schweizer Evaluation

(upi) Das vom Pentagon angeordnete weltweite Flugverbot für Trägerflugzeuge vom Typ A-7 «Corsair» werde unsere Evaluationsarbeiten kaum beeinflussen. Dies erklärte gestern Dr. Wermelinger von der Gruppe für Rüstungsdienste in Bern. Der amerikanische «Corsair» sei schon jahrelang im Einsatz, ohne dass negative Ergebnisse erzielt worden seien.

«Man darf nicht von Einzelfällen auf das ganze schliessen» meinte Wermelinger. Startverbote würden immer wieder für verschiedene Flugzeugtypen, auch der zivilen Luftfahrt, ausgesprochen. Was die Ursache der Anordnung des Pentagons war, müsse zuerst noch abgeklärt werden. Es sei jedoch durchaus normal, dass ein Flugzeug den neuesten Errungenschaften angepasst werden müsse. «Diesem Vorfalle sollte man keine zu grosse Wichtigkeit beimessen.» Der Bundesrat hat vor kurzem bekanntgegeben, dass er den amerikanischen «Corsair» und den französischen «Milan» weiterverfolgen wird, dagegen auf den englischen Harrier verzichtet.

Ein US-Militärsprecher in Saigon erklärt, dass ein Flugverbot für den A-7 «Corsair» auch auf die Maschinen der vier im Golf von Tongking kreuzenden Flugzeugträger der siebten Flotte ausgedehnt worden sei, nachdem innerhalb von fünf Tagen zwei Flugzeuge dieses Typs abgestürzt waren. Bisher waren die rund 60 Kampfflugzeuge der siebten Flotte vom Startverbot ausgenommen, weil ihr Einsatz für unerlässlich erachtet wurde.

Bulgarien verlangt Impfung gegen Pocken

Zürich (upi) Alle Reisende, die aus Jugoslawien nach Bulgarien einreisen oder Bulgarien in Richtung Jugoslawien verlassen, müssen ab sofort ein Impfzeugnis gegen Pocken vorlegen. Diese Bestimmung erliess soeben das bulgarische Gesundheitsministerium, wie das offizielle Verkehrsbüro Bulgariens in Zürich erklärte. Die Anordnung gilt als Vorsichtsmassnahme im Zusammenhang mit Pockenerkrankungen in der jugoslawischen Provinz Kosovo.

Kein Pfarreizentrum in Appenzell

(sda) Die Pfarreigenossen der katholischen Kirchgemeinde Appenzell haben am Sonntag einen Projektionskredit von 55 000 Franken für ein neues Pfarreizentrum mit grossem Mehr abgelehnt. Die mutmasslichen Kosten des Zentrums hätten sich auf rund zwei Millionen Franken belaufen.

In wenigen Zeilen

Beförderungen bei der Eidgenössischen Finanzverwaltung. Der Bundesrat hat bei der Eidgenössischen Finanzverwaltung Dr. Gottlieb Schläppli, Fürsprecher, 1928, von Lenk, bisher wissenschaftlicher Adjunkt Ia, zum Vizedirektor gewählt; zum Sektionschef Ia wurde Dr. Charles Minger, 1930, und zum Sektionschef I Fürsprecher Urs Hofer, 1939, befördert.

Die Kavallerie gibt sich noch nicht geschlagen

Petition an die Bundesversammlung zugunsten der Erhaltung der berittenen Schwadronen in der Armee

(upi) Das Parlament soll den heutigen Stand von 18 berittenen Dragoner-Schwadronen aufrechterhalten und «von Massnahmen Abstand nehmen, welche einen weiteren Rückgang des schweizerischen Pferdebestandes zur Folge hätten». Dies wird in einer soeben lancierten Petition verlangt, hinter der die Vereinigung schweizerischer Kavallerieverbände mit ihren rund 17 000 Mitgliedern steht.

Die Initianten der Petition hoffen, durch möglichst viele Unterschriften das Parlament zu bewegen, den Antrag des Bundesrates auf Abschaffung der Kavallerie abzulehnen.

Im Text der Petition wird zur Begründung angeführt, im Rahmen der geltenden Konzeption der Infanteriearmee, die sich aus den Gegebenheiten des Geländes und des Klimas ergebe, «bilden die hippomobilen Verbände einen integralen Bestandteil der Armee». Eine weitere zahlenmässige Verminderung dieser Verbände liesse sich deshalb nicht rechtfertigen. Weiter wird darauf hingewiesen,

dass der Abbau der Kavallerie auch einen Rückgang der Gebrauchspferde bedeuten würde, so dass die für die Trainformationen und eine allfällige Kriegswirtschaft notwendigen Tiere nicht mehr vorhanden wären.

«Es wäre überhaupt verfehlt, die wirtschaftliche Bedeutung und den ethisch-erzieherischen Wert des Pferdes im Gesamtgefüge unseres Staatswesens und unserer Volkswirtschaft zu unterschätzen», heisst es in der Petition weiter. Das Pferd sei ein wirksames Hilfsmittel, um der «beängstigenden Abwanderung

der ländlichen Jugend entgegenzuwirken».

In einem Aufruf zur Petition heisst es sodann, die Kavallerie dürfe nicht abgeschafft werden, «weil mit ihr auch eine Truppengattung verschwinden würde, in der heute ein überaus starker Korpsgeist und ein echter Wehrwille herrschen, die man in einer Zeit, da auf längere Dauer der gute Geist der Truppe erhalten werden muss, nicht ohne Not opfern sollte».

An einer Pressekonferenz zur Lancierung der Petition führte Oberstdivisionär Godet aus, die Kavallerie habe auch in einer modernen Armee noch ihre Berechtigung.

Der Bundesrat bestreite denn auch nicht die Fähigkeiten der Kavallerie, sondern mache geltend, dass die zur Reorganisation der Leichten und Mechanisierten Truppen nötigen Leute nur durch die Abschaffung der Kavallerie aufgetrieben werden könnten.

Hiefür gebe es aber noch andere Möglichkeiten, beispielsweise eine Verlängerung des Auszuges oder eine um ein Jahr frühere einsetzende Rekrutierung. Im Aufruf zur Petition wird auch befürchtet, dass die Abschaffung der Kavallerie der erste Schritt sein werde, dem später auch die Abschaffung der Trainformation folgen werde.

Mit der Botschaft ist noch nichts entschieden

(sda) Auch die aus der ganzen Schweiz besuchte, von Dr. Paul Wirth (Nennigkofen) präsidierte 17. ordentliche Generalversammlung der Gemeinschaft «Für

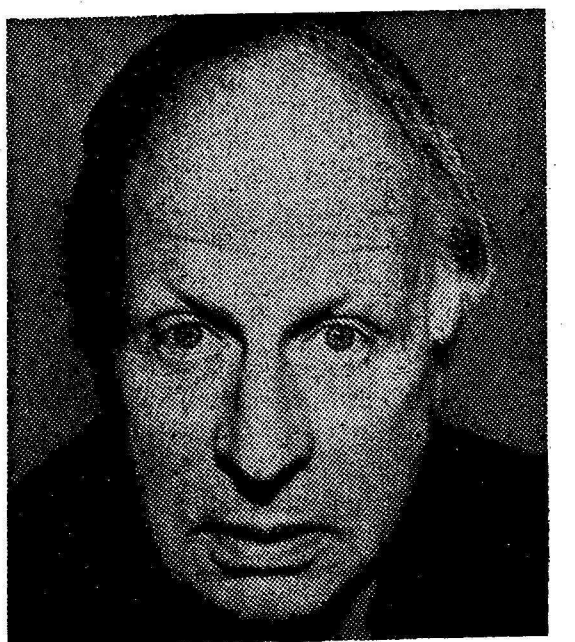
das Pferd» im «Sand» bei Schönbühl stand erwartungsgemäss im Zeichen der Botschaft des Bundesrates über die Aufhebung der Kavallerie. Dabei wurde vor allem festgestellt, dass 1. mit der Publikation der Botschaft allein noch nichts entschieden sei, da erst das Parlament endgültig beschliessen wird; 2. die Gemeinschaft, in Zusammenarbeit mit den Verbänden von Kavallerie, Train und Pferdezucht, alles unternehmen werde, um die Reitertruppe in der Armee zu erhalten.

Weiter beschloss die Gemeinschaft «Für das Pferd», an alle Dragoner und Pferdefreunde zu appellieren, sich durch Unterzeichnung der von den Kavallerieverbänden vorbereiteten Petition an die Bundesversammlung für die Erhaltung der hippomobilen Truppen und damit auch des Pferdes in der Landwirtschaft einzusetzen.

Der bernische Landwirtschaftsdirektor, Regierungsrat Ernst Blaser, verband seinen Gruss mit der Feststellung,

dass die Regierung des Kantons Bern nach wie vor an ihrem vor zwei Jahren gefassten Beschluss zugunsten der Kavallerie festhalte.

Er beglückwünschte die Gemeinschaft zu ihrem Kampf um die Erhaltung einer psychologisch wertvollen Truppe.



Herbert Beckh AWR-Präsident

Der Genfer Jurist Herbert-Georges Beckh, früherer Delegierter des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes für Europa, ist zum Präsidenten der Vereinigung zum Studium des Weltflüchtlingsproblems (AWR) in Rom ernannt worden. Die 1950 gegründete AWR ist eine unpolitische humanitäre Organisation mit dem Ziel, den Opfern aus internationalen Konflikten zu helfen, gleichgültig, welcher Rasse, Religion und politischen Überzeugung sie sind. (Photopress)

Umstrittene Trasseführung der N2 im Raume Faido

Bald am Ende einer 6jährigen Auseinandersetzung?

(spk) Seit 1966 streiten sich das dem Baudepartement unterstellte Tessiner Planungsbüro für Nationalstrassenbau (USN) und die vom dortigen Bezirksspital und dem Kloster unterstützte Gemeinde Faido um die Führung der N2 im Gemeindegebiet. Die Zwistigkeiten wurden schliesslich nach einem Augenschein Bundesrat Tschudis im Winter 1969/1970 vorläufig begraben. Tschudi versicherte damals, dass über das Anliegen der Gemeinde Faido im Bundesrat beraten und entschieden werde. Eine solche Entscheidung scheint nun getroffen zu sein.

Das Eidgenössische Departement des Innern hat eine völlig neue Variante ausarbeiten lassen, die die Faideser beruhigt. Doch die Zustimmung des USN steht noch aus.

Gegen das im März 1966 vom USN ausgearbeitete Projekt (Bergseitige Umfahrung der Ortschaft) legte Faido bereits im darauffolgenden August Beschwerden aus verschiedenen Gründen ein. Belegt wurde die Reklamation der Faideser durch verschiedene Expertisen, so zum Beispiel durch einen günstigeren Gegenvorschlag (Trasseführung im Talgrund, auf der linken Tessen Seite), durch ein Gutachten des hygienisch-mikrobiologischen Instituts des Kantonssspitals Aarau, das ein Weiterbestehen des Bezirksspitals unter den erwähnten Umständen ausschloss und mahnte, die Ortschaft Faido und ihre Zukunftspläne würden zunichte gemacht und die ansässige Bevölkerung werde um ihre Existenz gebracht.

Das USN legte sich trotzdem auf seine Variante fest und motivierte seine Hartnäckigkeit damit, dass die Gegenvariante

um rund 20 Millionen Franken teurer zu stehen käme.

Obgleich diese Behauptung durch eine eilends von Faido eingeholte neue Expertise widerlegt wurde, fürchteten die Faideser eigenmächtige «Privatabsprachen» des USN mit der vom Tessiner Baudepartement abhängigen Tessiner Naturschutzkommission (CNB). Seit dem Februar 1970 war es um die N2-Führung in und um Faido eher ruhig. Der erwähnte Besuch von Bundesrat Tschudi hat offenbar nicht nur repräsentativen Charakter gehabt, denn das Departement des Innern hat kürzlich reale Bedenken gegen das USN-Projekt angemeldet. Vor allem ist es mit dem vom USN vorgeschlagenen Verlegung der Gotthardbahngeleise nicht einverstanden.

Clou der ganzen Angelegenheit aber ist die Entdeckung der Geologen, dass das für die Autobahn vorgesehene Terrain instabil sei, Absinken oder Einstürzen von Erd- und Felsmassen könnten sowohl Autobahn- wie Eisenbahnlinie für unbestimmte Zeit lahmlegen.

Das Departement hat daher ein völlig neues Projekt ausarbeiten lassen. Dieses sieht die Streckenführung über Brücken und durch kurze Tunnel der rechten Talseite entlang vor, wodurch die Wohngemeinde Faido mit Spital und Kloster überhaupt nicht mehr tangiert würde. Der USN scheint aber immer noch an seiner Variante festhalten zu wollen und hat noch keine Meinung über die neue Variante geäußert. Es behauptet lediglich, seine Lösung sei billiger. Das aber ist eine müssige Hypothese, denn erstens können nicht beide Varianten zum Vergleich angeführt werden und zweitens wäre die neue Variante in landschaftlicher, urbanistischer und menschlicher Hinsicht immer noch besser, auch wenn sie einige Millionen Franken mehr kosten würde.



Jürg (Georg) Jenatsch wird verfilmt

Unter der Regie von Willy Walther dreht zurzeit eine Equipe des Schweizer Fernsehens in Chur die Aussenaufnahmen zu einem einstündigen Spielfilm, der das Leben und Wirken des grossen Bündner Staatsmannes Jürg (Georg) Jenatsch zum Thema hat. Der Farbfilm wird in allen vier Landessprachen gesendet werden, das erste Mal wahrscheinlich schon in diesem Herbst. Bild: Die Szene kurz vor der Ermordung in der bischöflichen «Hofkellerei», rechts Jenatsch. Er war am 24. Januar 1639 während eines Fasnachtsgelages von Maskierten im «Staubigen Hüetli» erschlagen worden. (Photopress)

St. Galler SP anerkennt CVP-Mehrheitsanspruch

Sozialdemokratischer Parteivorstand unterbreitet dem Parteitag die Nominierungen von Nationalrat Florian Schlegel und Dr. Hans Schmid und empfiehlt, die vier CVP-Regierungsratskandidaten zu unterstützen

(upi) Mit einem Zweiervorschlag will sich die Sozialdemokratische Partei des Kantons St. Gallen an den Erneuerungswahlen der Regierung vom 23. April beteiligen. Wie das SP-Sekretariat am Montag in St. Gallen mitteilte, beschloss der Vorstand der SP an einer Sitzung, dem ausserordentlichen Parteitag vom 1. April Nationalrat Florian Schlegel, städtischer Beamter, und Dr. Hans Schmid, Dozent an der Hochschule St. Gallen, zur Wahl in die Regierung vorzuschlagen. Der sozialdemokratische Anspruch auf einen Sitz im Regierungsrat sei nach wie vor ausgewiesen und von keiner Seite bestritten.

Der Vorstand der St. Galler SP stellte fest, dass der Anspruch der CVP nach Erreichen der absoluten Mehrheit im Grossen Rat auf einen vierten Sitz im Regierungsrat «in guten Treuen nicht bestritten werden kann».

Dagegen erachte er einen dritten freisinnigen Sitz auf Grund der neuen Parteistärken als nicht mehr ausgewiesen. Er beschloss daher, dem Parteitag zu

beantragen, den Anspruch auf einen vierten CVP-Sitz anzuerkennen unter der Voraussetzung, dass die CVP Gegenrecht halte und den sozialdemokratischen Anspruch unterstütze. Die CVP hatte sich an ihrem Parteitag vom Samstag bereit erklärt, den SP-Anspruch auf einen Sitz in der Regierung anzuerkennen und den zur Nomination gelangenden Kandidaten zu unterstützen, sofern die SP sich ihrerseits zur Unterstützung aller vier CVP-Kandidaten verpflichtet und nicht noch einen der CVP nicht genehmen Kandidaten nominieren.

«In Würdigung der Tatsache, dass im Grossen Rat mit dem linken Flügel der CVP öfters eine Zusammenarbeit möglich war und weiterhin möglich sein wird», beschloss der SP-Vorstand, dem Parteitag zu beantragen, eine Listenallianz mit der CVP anzustreben.

Wie aus dem Communiqué der Sankt Galler SP weiter hervorgeht, könne eine gleichlautende Liste der CVP und SP allerdings nur in Betracht gezogen werden, «wenn die CVP den vom Parteitag

aufgestellten sozialdemokratischen Kandidaten vorbehaltlos unterstützt».

Landesring: Stimmfreigabe für den 7. Sitz

(sda) Der Parteitag des Landesrings des Kts. St. Gallen hat in Wattwil mit überwiegender Mehrheit beschlossen, auf die Aufstellung eines eigenen Regierungsratskandidaten zu verzichten. Da im Zeitpunkt des Wattwiler Standestages noch nicht die Namen aller Kandidaten bekannt waren, räumten die Delegierten dem Parteivorstand einstimmig die Kompetenz ein, die vom Landesring offiziell unterstützte Liste allenfalls nominell zu bereinigen. Der Vorstand ist jedoch daran gehalten, nur die parteioffiziell aufgrund der Stimmkraft vollausgewiesenen Parteiansprüche (drei Mandate für die CVP, zwei für die FDP und ein Mandat für die SP) zu unterstützen. «Da auf das siebente Mandat die FDP und die SP gar keinen Anspruch haben, die CVP einen nicht voll ausgewiesenen, soll durch Stimmfreigabe für den siebten Sitz dem Stimmbürger die Freiheit geboten werden, dem qualifizierteren Kandidaten seine Stimme zu geben», heisst es in einem Communiqué des Landesrings.

Bahnhoftausprecher politisch missbraucht

(spk) Wie die Genfer Polizei mitteilte, hat sie zwei junge Genfer Studenten festgenommen, die anlässlich der Ankunft von 600 spanischen Gastarbeitern über die Lautsprecheranlage des Bahnhofs Genf-Cornavin politische Parolen verbreiteten. Die Festgenommenen hatten die Türe zur Lautsprecherkabine aufgebrochen und ein Kassettengerät an das Lautsprechersystem angeschlossen. Sie verglichen in ihrem Aufruf an die Gastarbeiter den Arbeiterkampf in Spanien mit den Verhältnissen in unserem Land und forderten die Spanier auf, keine Abkommen über die Unterkunft in Baracken zu unterzeichnen und den schweizerischen Gewerkschaften fernzubleiben.

Die SBB haben die beiden Tonkünstler wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung eingeklagt. Sie werden sich weiter wegen Hinderung einer Amtshandlung zu verantworten haben, da sie bei ihrer Festnahme Widerstand leisteten.